

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 80 (2009)
Heft: 12: Spiritualität : Kraftquelle in der Langzeitpflege

Rubrik: Kurzmitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kurzmitteilungen

Schweiz

Schonendes Training für Betagte

Mit einem speziellen Trainingsgerät können alte Personen ihre Muskulatur stärken. Forscher der Universität Bern entwickelten im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 53 ein sogenanntes exzentrisches Ergometer. Das Gerät sieht einem Home-trainer ähnlich, die Pedale werden jedoch von einem Motor angetrieben und müssen vom Trainierenden abgebremst werden. Der Test bei Männern und Frauen über 80 Jahren zeigte, dass das Bremstraining die Beinmuskeln mindestens ebenso kräftigt wie herkömmliches Krafttraining, dabei aber das Herz schont. Der Kraftgewinn bei zwei Trainings pro Woche war aber bei beiden Methoden nicht sehr gross.

News

Schweiz

Experte warnt vor Abenteuerpädagogik

Der Erziehungswissenschaftler Hannes Tanner, Leitungsmittglied der Fachstelle für Schulbeurteilung des Kantons Zürich, hat die Heimlandschaft untersucht. Behörden sollten sich konsequenter mit den Biografien der Kinder beschäftigen, sagt er. Wenn keine professionellen Fachstellen involviert seien, könne es zu vorschnellen und willkürlichen Entscheiden, beispielsweise Heimeinweisungen, kommen, wenn ein Kind im Unterricht negativ auffalle. In vielen Kantonen und Gemeinden seien Laienbehörden für das Vormundschaftswesen zuständig. Sie handelten oft nach Gutdünken und gesundem Menschenver-

stand. Wenn eine Heimplatzierung unumgänglich werde, seien die Behörden meist überfordert, weil ihnen das Erfahrungswissen fehlt. Es könne sogar vorkommen, dass sie der Problemfamilie nahelegten, in eine andere Gemeinde zu zügeln. Auf diese Weise exportiere man das soziale Problem. Schul- und jugendpsychologische Dienste oder etwa Jugendsekretariate hingegen nehmen laut Tanner eine sorgfältige Diagnose vor und schauen sich nicht nur das Kind, sondern auch sein familiäres Umfeld genau an. Allerdings müssten sich die involvierten Stellen und Ämter vermehrt um Kontinuität kümmern. Sie sollten den Fall nicht einfach weitergeben und ihn dann für erledigt betrachten, sondern seine Entwicklung im Austausch mit den anderen Institutionen begleiten. In den Kinder- und Jugendheimen ist derzeit nach Einschätzung Tanners die Erlebnispädagogik gefragt. Man besuche mit den Kindern zum Beispiel Tauchlager oder gehe mit ihnen klettern. «Weil es bei diesen Aktivitäten ums Existenzielle geht, haben die dabei gemachten Erfahrungen einen hohen pädagogischen Wert», sagt Tanner. Die Älteren übernehmen die Rolle eines Coachs, was Verantwortungsbewusstsein und Rücksichtnahme stärke. Abenteuerpädagogik hingegen helfe den Jugendlichen nicht: «Wenn man mit ihnen nach Indien oder in die kanadische Wildnis fährt, damit sie lernen, sich im Überlebenskampf selber Nahrung zu beschaffen, hat das mit dem Alltag in einer engen Dreizimmerwohnung überhaupt nichts zu tun.» Die Eltern könnten mit diesen exotischen Erfahrungen nichts anfangen.

Neue Zürcher Zeitung

>>

Anzeige

richtig

Schweiz

Erste Miss Handicap

In Bern ist die erste Miss Handicap erkoren worden. Gewonnen hat die gehörlose Baslerin Corinne Parrat. Sie soll in ihrem Amtsjahr eine Botschafterin für die Integration und Gleichstellung von Behinderten sein. «Diese Wahl brauchen wir unbedingt», sagt die Organisatorin der Miss-Handicap-Wahl, Michelle Zimmermann aus Ortschwaben. Als sie 18 war, hätte auch sie gerne an einer Misswahl teilgenommen, «doch ich habe nicht die Haut, die das möglich gemacht hätte». Sie leidet seit Geburt an einer Hautkrankheit – nun wollte sie eine Wahl, «bei der eine andere Schönheit eine Rolle spielt». Eine andere Schönheit – für Michelle Zimmermann heisst dies: «Eine innere Zufriedenheit und Stärke, die sich auch gegen aussen widerspiegelt.» Beim Casting waren denn auch nicht Traummasse und ein makelloser Teint entscheidend, sondern das Auftreten in der Öffentlichkeit und in den Medien. Diesen Anspruch hat die 29-jährige Corinne Parrat nach Meinung der Jury am besten erfüllt. «Natürlich ist sie auch schön, doch das allein war nicht entscheidend», sagt Zimmermann. Parrat sei eine ausserordentlich starke Persönlichkeit, die Menschen mit einer Behinderung – speziell solchen mit einer Hörbehinderung – eine Stimme geben werde.

Berner Zeitung

Bern

Hoffen auf die FaGes

«Es herrscht allgemein ein Personalmangel», schreibt Grossrätin Irène Marti (SP/Bern) in einer Motion zur Pflegequalität im Kanton Bern. Es gebe nur wenige diplomierte Pflegende. Im Langzeitbereich sei der Personalmangel sehr akut, so Marti. «Die Qualität der Pflegeleistungen ist deshalb bedroht.» In Pflegeheimen und Spitälern, in der Spitex und der Psychiatrie müsse aber weiterhin gute Qualität geboten werden können. Unter anderem verlangt sie, dass die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Eine gute Ausbildung genüge nicht. «Für die Pflegenden muss ein breites, attraktives Angebot an Weiterbildungen zur Verfügung stehen.» Sie schlägt beispielsweise ein neues Lohnsystem, bessere Weiterbildungsmöglichkeiten und den unkomplizierten nachträglichen Titelerwerb für diplomierte Pflegefachleute vor. Für den Regierungsrat sind die Löhne in der Pflege jedoch konkurrenzfähig. Marti, selbst Pflegefachfrau und Lehrerin für Krankenpflege, möchte zudem, dass an Berufseinsteiger mehr Förderbeiträge ausgerichtet werden. Statt 20 sollen es neu mindestens 60 sein, wobei Arbeitslose und Kurzarbeitende zu bevorzugen seien. An jährlich 20 Erwachsene richtet die Gesundheits- und Fürsorgedirektion für die Jahre 2008 bis 2011 eine Entschädigung von insgesamt 5,4 Millionen Franken aus. Die Regierung hat eine Aufstockung um 40 Plätze geprüft. Sie würde 10,8 Millionen Franken kosten, und dafür hat die Regierung «aufgrund der Wirtschaftskrise» und der Notwendigkeit, die Ausgaben zu senken, kein Geld. Sie sei aber bereit, zu prüfen, ob «künftige Spielräume im Budget» für die Nachwuchssicherung genutzt werden könnten. Sie empfiehlt dem Grossen Rat, diesen Punkt wie auch jenen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen als Postulat anzunehmen. Hingegen lehnt es die Regierung ab, die Stellenberechnung in den einzelnen Institutionen zu überprüfen und das diplomierte Pflegepersonal im Langzeitbereich sofort aufzustocken. Es sei

bereits heute schwierig, diplomiertes Personal zu finden. Längerfristig soll die Ausbildung zu Fachangestellten Gesundheit (FaGes) dazu beitragen, die Personalprobleme zu lösen. Nicht dreinreden möchte die Regierung dagegen den Institutionen bei der Dotierung und Zusammenstellung der Pflegeteams.

Berner Rundschau

Luzern

Bauern sind jetzt auch Betreuer

Heidy und Robert Portmann haben einen speziellen Nebenverdienst: Auf ihrem Hof in Buttisholz betreuen sie seit mehr als neun Jahren mit einigen Unterbrüchen Sucht- und Psychischkranke. Die beiden sind angestellt beim Drogen Forum Inner-schweiz. Eine Ausbildung für Betreuung hat das Ehepaar nicht – aber die bäuerliche Meisterprüfung und den Willen, sich auf neue Personen einzulassen. «Es ist eine Herausforderung», sagt Robert Portmann. «Wir möchten die Menschen so weit bringen, dass sie den Sprung in die freie Marktwirtschaft schaffen.» Auf dem Bauernhof helfen sie mit im Hühnerstall, bei der Betreuung des Rindviehs oder bei Verpackungsarbeiten. Portmanns sind nicht die einzige Bauernfamilie, die als Nebenverdienst Personen auf ihrem Hof betreut. «In den letzten Jahren hat die Betreuung von Menschen auf Bauernhöfen zugenommen», sagt Beatrix Arnold, Bäuerlich-Hauswirtschaftliche Beraterin am Berufsbildungszentrum Natur und Ernährung (BBZN) Schüpflheim. Auch Kinderkrippen, Tagesfamilien, Betreuung von Menschen mit Demenz oder Ferienplätze für Behinderte sind vermehrt auf Bauernhöfen zu finden. Wie viele Bauernfamilien auswärtige Personen betreuen, ist im Kanton Luzern nicht zusammengefasst. Dass betreute Plätze auf dem Bauernhof auf grosses Interesse stossen, zeigt ein Blick ins BBZN Schüpflheim. In Kooperation mit dem Amt für Landwirtschaft des Kantons Schwyz und Curaviva Weiterbildung bietet es in Luzern die praxisbegleitende Weiterbildung für die Betreuung von Jugendlichen in Pflegefamilien an. Im November startet der 15-tägige Kurs für Bauernfamilien. Mit 17 Teilnehmern ist er schon fast ausgebucht. Ausserdem haben sich zehn weitere Bauernfamilien gemeldet, die auf ihrem Hof gerne Behinderte, Jugendliche, Kinder oder Suchtkranke betreuen möchten.

Neue Luzerner Zeitung

Schwyz

Nur noch 2 statt 30 Behörden

Ab 2013 sollen die 30 Schwyzer Gemeinden das Vormund-schaftswesen an den Kanton abtreten. Der Regierungsrat hat so entschieden, nachdem sich die Mehrheit der Gemeinden in der Vernehmlassung positiv zu diesem Vorschlag geäussert hat. Jetzt muss das Departement dazu einen Gesetzesentwurf schreiben, der etwa Mitte 2010 vorliegen soll. Mit dem Grund-satzentscheid der Regierung steht aber schon jetzt fest, wie das Schwyzer Vormund-schaftswesen ab 2013 organisiert wird: Zwei Fachbehörden lösen die heutigen Vormund-schaftsbehörden der 30 Gemeinden ab. Es gibt also künftig 2 statt 30 Vormund-schaftsbehörden im Kanton. Die beiden neuen Fachbehörden sollen aus je drei bis fünf Personen bestehen: Fachleute wie Juristen oder Personen mit Kenntnissen in Sozialarbeit, Pädagogik oder Psychologie. Die beiden neuen Schwyzer Behörden sind dem Kanton unterstellt und müssen rund um die Uhr und

während des ganzen Jahres entscheidungsfähig sein. Sie haben die jährlich etwa 400 Massnahmenentscheide im Kanton zu fällen. Ausgeführt werden heute die Entscheide der Vormundschaftsbehörden vielfach von der regionalen Amtsvormundschaft. Der Kanton will sie neu zu sogenannten Mandatsführungszentren machen. Vorgesehen sind maximal sechs regionale Zentren im Kanton. Wenn der Kanton künftig den Gemeinden das ganze Vormundschaftswesen abnimmt, entlastet dies die Gemeinden auch finanziell. In einer Medienmitteilung bezifferte gestern die Staatskanzlei die Entlastung auf 7 Millionen Franken.

Neue Luzerner Zeitung

Solothurn

Regierung ortet keinen Engpass

Die Solothurner Regierung kann bei der Solothurner Spitäl AG (soH) keine grösseren Personalengpässe erkennen. Auch bei den Pflegeberufen, schrieb die Regierung in ihrer Stellungnahme zu einer Interpellation von Trudy Küttel Zimmerli (sp, Olten), seien die Betriebe selbst verantwortlich. Zudem seien Heime und Spitex Sache der Einwohnergemeinden. Demzufolge habe der Kanton hier auch keinen Ausbildungsauftrag. Zudem biete der Bereich Alters- und Pflegeheime mehr Ausbildungsplätze an als erforderlich wären, und decke so das Manko des Spitexbereichs teilweise ab. Der Regierungsrat beurteilt die Situation bei den Pflegeberufen zwar als angespannt, nicht aber als besorgniserregend. Als Sprecherin der SP-Fraktion bedankte sich Trudy Küttel Zimmerli beim Regierungsrat für seine «grosse Arbeit». Allerdings habe dieser eine ein wenig optimistische Sicht des Ganzen, denn der Bedarf an Fachpersonal werde massiv steigen. Der Stellenmarkt werde auch in den angrenzenden Ländern austrocknen. Aus ihrer Sicht, so die SP-Sprecherin, müsste der Kanton vor allem im Heim- und Spitexbereich Ausbildungsplätze fordern und finanziell entlasten. Urs Schläfli (cvp, Deitingen) kritisierte, dass die Stellungnahme der Regierung keine konkreten Vorschläge zur Problemlösung enthalte. Die Interpellantin selbst zeigte sich von der Antwort «nicht ganz befriedigt». «Ich hätte mir eine noch innovativere Haltung der Regierung gewünscht. Ich weiss aber», so Trudy Küttel Zimmerli, «dass diese das Problem ernst nimmt und handeln wird.»

Oltner Tagblatt

Thurgau

Privatorganisation soll Pflegefamilien betreuen

Immer wieder hatte das Pflegekinderwesen im Thurgau für Umtriebe und Unmut gesorgt. Pflegefamilien und Gemeindebehörden würden zu wenig beraten und betreut, hiess es, seit die Fachstelle für Pflegekinderwesen die Tore schloss. Vorübergehend wurde sie auf privater Basis wieder aktiv – finanziert aus Gemeindebeiträgen und mit 20 000 Franken des Kantons. In einer Motion fordert CVP-Kantonsrat Norbert Senn deshalb, dass der Kanton die Fachstelle einrichten und führen müsse. Dass die private Fachstelle aufhört, habe mit zu knappen Finanzen und personellen Ressourcen zu tun, räumt nun die Regierung in ihrer Antwort ein. Zwischen 1998 und 1999 sei die Zahl der Kinder, die bei Pflegefamilien platziert werden mussten, von 45 auf 148 gestiegen. Und zwischen 2007 und 2008 habe ein weiterer Anstieg von 204 auf 226 Pflegekinder stattgefunden – auch weil die Bewilligungspflicht ausgedehnt worden sei. «Die Fremdplatzierung von Kindern ist eine anforderungsreiche und schwierige Angelegenheit.» Vor allem die Vormundschaftsbehörden müssten bei der Vermittlung und Begleitung von geeigneten Pflegeplätzen unterstützt werden, findet der Regierungsrat. Er will dennoch vorerst keine eigene Fachstelle für das Pflegekinderwesen schaffen. Der Bundesrat bereite eine neue Pflegekinderverordnung vor, die vieles ändern werde. So lange dies im Gang sei, mache eine Fachstelle keinen Sinn. Der Regierungsrat sei aber bereit, das Justizdepartement zu beauftragen, mit einer privaten Organisation einen Vertrag abzuschliessen. Diese könne Behörden, Pflegeeltern und Pflegekinder beraten und unterstützen. Der Motionär ist nicht zufrieden. Die Gemeinden seien dringend auf die Hilfe einer Fachstelle angewiesen, sagt Senn. Es genüge nicht, eine private Organisation einzuspannen. «Lieber einen Spatz in der Hand», meint dagegen Roland Kuttruff, der Präsident des Gemeindeverbandes. Die private Organisation werde die Gemeinden fürs Erste entlasten können.

Thurgauer Zeitung

Zürich

Für Eltern und Kinder in Notsituationen

Wenn Kinder nicht mehr bei ihren Eltern leben können, kommt eine Platzierung in einer Pflegefamilie in Frage. Der Verein con- >>

Anzeige

sitzen.

sedorama
Stühle | Tische | Objektmöbel
www.sedorama.ch

tetto setzt sich für betroffene Kinder und Eltern ein. «contetto» ist eine soziale Institution der Zürcher Jugendhilfe, die ihren Geschäftssitz in Winterthur hat. Seit 30 Jahren sind mehrere sozialpädagogische Familien unter dem Dach des Vereins zusammengeschlossen. Die Familien nehmen Kinder auf, welche aus unterschiedlichen Gründen nicht in ihren Herkunftsfamilien aufwachsen können. «Häufig sind es Eltern mit Sucht- und Drogenproblemen, die nicht mehr in der Lage sind, für ihre Kinder zu sorgen», erklärt Regula Ehrismann, Vorstandsmitglied von «contetto» und selber Pflegemutter. Der Verein funktioniert als Anlaufstelle für Beistände oder Jugend- und Sozialhilfestellen, die für ein Kind eine Pflegefamilie suchen. «Wir nehmen dann detaillierte Abklärungen vor», sagt Franziska Schär von der Geschäfts- und Fachstelle «contetto». Der Verein versteht sich als Alternative zu den üblichen Heimplatzierungen. «Wir suchten eine Betreuungsform, die Rücksicht auf die Bedürfnisse von Kindern nimmt, für welche konstante Bezugspersonen über Jahre hinweg wichtig sind», so Franziska Schär. Um als sozialpädagogische Familie vom Verein aufgenommen zu werden, muss mindestens ein Elternteil eine anerkannte sozialpädagogische Ausbildung sowie längere Berufserfahrung mit Kindern und Jugendlichen im stationären Bereich mitbringen. Die Pflegefamilien unterstehen der externen Aufsicht der Kinder- und Jugendhilfe des Kantons Zürich und sind in die Strukturen des Vereins eingebunden. «Regelmässige Supervisionen, die Teilnahme an Interventionstreffen mit anderen Familien sowie fachspezifische Fortbildungen sind wichtige Bestandteile für eine professionelle Fremdbetreuung», sagt Franziska Schär.

Der Landbote

Zürich

Patienten sollen mitbezahlen

Wer Pflege bezieht, soll einen Teil der Kosten selber übernehmen, fordert der Zürcher Regierungsrat. Sein Vorschlag zur Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung besteht aus mehreren Gesetzes- und Verordnungsänderungen, die unter dem Strich dazu führen, dass die Patientinnen und Patienten stärker zur Kasse gebeten werden. Eine Modellrechnung zeigt, dass sie bei der Spitex statt wie bisher 29 Millionen voraussichtlich 42 Millionen Franken selber tragen müssen (+44,8%). Bei den Alters- und Pflegeheimen steigt die Belastung von 740 auf 789 Millionen Franken (+6,6%). Demgegenüber werden die Gemeinden um rund 17 Millionen entlastet, für den Kanton und die Krankenversicherungen resultiert in etwa eine Nullrunde. Aus Sicht der Patientinnen und Patienten ergeben sich im Wesentlichen folgende Neuerungen: Die Patienten müssen künftig einen Beitrag an die Pflegekosten in den Heimen leisten. Dieser bemisst sich am Höchstarif der Krankenkassen, der vom Bund vorgegeben wird. Den Patienten darf laut Bundesgesetz nicht mehr als 20 Prozent des höchsten Krankenkassenbeitrags belastet werden. Der Kanton Zürich schöpft diese obere Limite voll aus. Maximal bezahlt ein Bewohner 21 Franken pro Tag für die Pflege. Dazu kommen wie bisher die Hotellerie-Kosten für Wohnen und allgemeine Betreuung. Bei einer Pflege zu Hause gilt im Prinzip derselbe Verteilschlüssel wie bei den Pflegeleistungen in Heimen. Hier soll der Patient mit bis zu 15 Franken pro Stunde belastet werden. Nur werden hier auch die hauswirtschaftlichen Leistungen von Kanton und Gemeinden mitfinanziert, und

zwar zu mindestens 50 Prozent. Damit will der Regierungsrat die ambulante Pflege zu Hause fördern. Regierungsrat Thomas Heiniger (FDP) relativiert die Mehrbelastung der Pflegebedürftigen von geschätzten 60 Millionen Franken: «Der Kanton spart hier sicher nicht einfach auf dem Buckel der Patienten», sagt er. Der Gesundheitsdirektor geht davon aus, dass das neue System zu mehr Transparenz und damit zu mehr Wettbewerb zwischen den Leistungserbringern führt. Erika Ziltener, Geschäftsleiterin der Patientenstelle Zürich und SP-Kantonsrätin, kritisiert Heinigers Pläne scharf. Bereits in der Vergangenheit sei stets auf Kosten der Patienten gespart worden, und nun würden sie erneut stärker belastet.

Tages-Anzeiger

Zürich

Pflegepersonal in Bedrängnis

Die Weiterbildungen, welche die kantonale Gesundheitsdirektion dem Krankenpflegepersonal mit dem Fähigkeitsausweis des Schweizerischen Roten Kreuzes (FASRK) vorschreibt, dürfte besonders in ländlichen Gegenden gravierende Konsequenzen haben. Wer die Weiterbildung – das sogenannte Passerellenprogramm – nicht absolviert, hat künftig weniger Kompetenzen, muss mit weniger Lohn rechnen und darf allein auch keine Nachtwache mehr halten. Die Gültigkeit der Diplome und Berufstitel ist in Frage gestellt. Die Leiter der Pflegedienste in Oberländer Heimen befürchten, dass diese Massnahmen den Pflegenotstand weiter verschärfen. Denn nicht alle Pflegenden sind zu dieser Umschulung bereit, zumal nicht jeder Betrieb die Kosten dafür übernimmt. Die Blockkurse, verteilt auf 18 Monate, kosten je nach Anbieter zwischen 8500 und 10 500 Franken. In der Heimstätte Rämismühle im Tösstal haben bisher zwei von sechs Pflegenden die Ausbildung absolviert, im Zentrum Breitenhof in Rüti ist es lediglich eine von drei FASRK-Angestellten. Anders sieht es im Alters- und Spitexzentrum in Dübendorf aus: Hier haben fünf von elf angestellten FASRK-Pflegenden das Passerellenprogramm absolviert. Emilio Mühlemann, Leiter des Pflegedienstes in der Heimstätte Rämismühle, weiss, dass aus familiären und finanziellen Gründen Pflegende ausserstande seien, diese Umschulung zu absolvieren. Die Folge sei, so Mühlemann, dass man gezwungen werde, vermehrt ausländisches Pflegefachpersonal zu rekrutieren anstatt bewährtes Personal aus dem eigenen Land. «Diese Berufsgruppe verliert nach jahrelanger Tätigkeit einen elementaren Teil ihrer Kompetenzen», sagt Emilio Mühlemann. Elfi Sangleböeuf, Leiterin des Pflegedienstes im Alterszentrum Breitenhof in Rüti, ist überzeugt, dass vor allem in ländlicher Umgebung ältere Menschen darauf angewiesen seien, dass sie von Pflegenden betreut werden, die Mundart sprechen und unsere Kultur kennen. Auch sonst teilt Sangleböeuf die Meinung ihres Berufskollegen. «Es macht wenig Sinn, einerseits den Pflegenotstand zu proklamieren und andererseits das bewährte Personal in ihren Kompetenzen zu beschneiden», sagt sie.

Tages-Anzeiger

Zusammengestellt von Barbara Steiner